



Neue Regierung?

Jetzt geht's erst richtig los!

"Freie Bahn für Sparpaket und Entlastung. Eine VP-Regierung als Garant für solide Staatsfinanzen und Adjustierungen im Sozialsystem." So beschrieb die konservative "Presse" die Perspektiven einer künftigen Regierung - egal wie diese zusammen gesetzt wäre. Während Schlüssel erneut mit der rechtsextremen FPÖ in Verhandlungen trat, schlossen SPÖ und Grüne - trotz gegenteiliger Versprechen - eine Regierungsbeteiligung nicht aus. Widerstand gegen Sozialabbau und rechte Politik ist von diesen beiden Parteien also keinesfalls zu erwarten - obwohl erste Projekte (wie der totale Ausverkauf der Post) bereits auf dem Tisch liegen.

VON ALBERT KROPP UND JOHN EVERS

Auch der hauptsächlich von der Presse hochstilisierte "Aufstand" der SPÖ Basis angesichts eines möglichen Regierungseintritts blieb aus. Der Hintergrund liegt darin, daß der "Transformationsprozess" der SPÖ von einer ArbeiterInnenpartei hin zu einer "normalen" bürgerlichen Partei in den 90ern abgeschlossen wurde.

SPÖ: BÜRGERLICHE PARTEI OHNE PERSPEKTIVEN

Der Einfluss der Gewerkschaften wurde zurückgedrängt und statt für Verbesserungen der ArbeiterInnen einzutreten, wurde die SPÖ zu einer Sozialabbaupartei. Diese auch international stattgefundene Entwicklung der Sozialdemokratie zeigt sich in

der Basis der SPÖ. Sie ist in den letzten Jahren stark geschrumpft, überaltert und großteils entpolitisiert. Der Verlust der Macht vor zwei Jahren hat die Partei in eine tiefe Krise gestürzt. Neue, kämpferische Schichten sahen und sehen die SPÖ nicht mehr als ihre politische Vertretung für Verbesserungen und Reformen. Dieser Umstand wurde nicht zuletzt durch das völlige Unvermögen der SPÖ das Versagen von Blau-Schwarz auch nur auf der Wahlebene zu nutzen, unterstrichen. Die "Abspaltung" eines linken Flügels aus der SPÖ ist unwahrscheinlicher denn je zuvor. Wahrscheinlicher ist, dass sich der Trend der voranschreitenden Inaktivität der SPÖ-Basis fortsetzen wird. Vor allem der ÖGB wäre deshalb aufgerufen seine -

zunehmend einseitige - Bindung zur SPÖ aufzulösen und eine kämpferische Neuorientierung vorzunehmen.

GRÜNE: LINKE STIMMEN MIT FÜSSEN GETRETEN

Ebenso wie bei der SPÖ stehen auch Gewerkschafter und Linke bei den Grünen zunehmend auf verlorenem Posten. Wurden am Beginn sogar "Sondierungsgespräche" in ihrer Sinnhaftigkeit in Frage gestellt, erkannten immer mehr Grüne Politiker den "Charme" einer etwaigen schwarz-grünen Koalition. Das Hauptargument der Grünen dabei war, dass es doch besser wäre mitzuregieren, als immer nur in der Opposition "dagegen" zu sein. Im Kurier vom 3.12.2002 äußerte sich Madeleine Petrovic, ihres Zeichen Vizeobfrau der Grünen folgend: "...sollte man überlegen: Ist es nicht klüger, vorher in Straßenbauprojekte eingebunden zu sein, oder, wie bisher, erst aktiv werden zu können, wenn die Bagger anrollen?" (Kurier v. 3.12.2002). Wir denken dass viele - vor allem junge Menschen - bei der letzten Wahl noch die Grünen gewählt haben, um schwarz-blau eine Absage zu erteilen und eine linke Politik umzusetzen. Diese WählerInnen

wurden von Van der Bellen & Co mit Füßen getreten: Die Entwicklung der Grünen zu einer vollends neoliberalen Partei wird sich dadurch weiter beschleunigen.

FPÖ-KRISE PROLONGIERT

Der FPÖ Parteitag vom 8. Dezember sollte ein klares Signal in Richtung Regierungsbeteiligung an die Adresse von Schüssels ÖVP sein. In Realität hat sich aber an der Instabilität der FPÖ nichts geändert. Weder wurde Haider ausgeschlossen oder "degradiert" (wie angedroht), noch gab es einen Gegenkandidaten des "gemäßigten" Flügels. Damit ist ein zweites Knüttelfeld nicht ausgeschlossen und bei erneuten Verlusten der FPÖ bei kommenden Wahlen, wie etwa 2003 den Landtagswahlen in Oberösterreich, sogar wahrscheinlich. Die Wiederwahl Herbert Hauptsts stellte schließlich nur eine Fortführung des Spagats zwischen den beiden vermeintlichen Flügeln dar. Erreicht wurde vorrangig, eine Spaltung der Partei vorerst einmal zu verhindern - sonst nichts.

ÖVP SIEG: RECHTE PAROLEN

Der Hauptprofiteur der Krise der FPÖ ist die ÖVP. Mit Politik gegen Feindbilder MigrantInnen, Ha-

schischkonsumentInnen hat diese Partei ihren Wahlkampf geführt, den sie letztlich trotzdem vor allem wegen der Alternativlosigkeit der anderen Parteien gewonnen hat. Ein Wiedererstarken der Döblinger Regimenter kündigt sich aber durch den Wahlerfolg nicht an; egal wie die kommende - ÖVP-geführte - Regierung aussieht. Neunzig Prozent aller die zur Wahl gingen haben laut Umfragen gegen etwas gestimmt, und nicht für eine Partei. Die meisten ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen wissen also, dass sie von keiner der etablierten Kräfte etwas Positives zu erwarten haben werden.

DIE KÜNFTIGE REGIERUNG: SOZIALABBAU

Egal, ob eine große Koalition, schwarz-grün oder eine Fortsetzung von ÖVP/FPÖ, eines ist sicher, es ist eine Regierung des verschärften Sozialabbaus! Die Hiobsbotschaften der letzten Wochen und Monate hinsichtlich der einbrechenden Wirtschaftsdaten gehen weiter. Das heißt, dass es zu weiteren Belastungen, Privatisierungen, Krieg und "Sparmaßnahmen" kommt. Die Umverteilungspolitik der vergan-

genen, gestrauchelten Regierung hat dabei nur einen Vorgesmack gegeben wird, was in der kommenden Legislaturperiode auf Beschäftigte, Arbeitslose, Frauen und Jugendliche zukommt. Gerade aber diese Politik ist es, die in Österreich und International das Aufkommen rechtsextremer Parteien wie der FPÖ und Jörg Haider in den letzten Jahrzehnten möglich gemacht hat. Die einzige Möglichkeit Rechtsextremismus wirklich zu bekämpfen ist gemeinsam gegen die Angriffe der neuen Regierung zu kämpfen.

3.906 STIMMEN FÜR DIE SOZIALISTISCHE LINKSPARTEI

Damit dieser Widerstand aber auch politisch Ausdruck findet, steht der Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Jugendlichen, Frauen und Arbeitslosen auf der Tagesordnung. Die SLP hat bei der Nationalratswahl im Wahlkreis Wien kandidiert - mit einem Budget von 1.500 Euro. Als revolutionäre sozialistische Partei haben wir 3.906 Stimmen erhalten. Wenn aus den kommenden Kämpfen und Bewegungen eine neue Kraft der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen entsteht könnte

In dieser Ausgabe - Seiten 4/5:

Die Krise des Kapitalismus. Kommt ein neuer schwarzer Freitag?

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at



Ich kenne viele, die auch bei den vergangenen Wahlen aus "taktischen Gründen" SPÖ oder Grüne gewählt haben. Obwohl sie der angeblich wiederentdeckten sozialen Ader der SPÖ - vor allem nach der Pressekonferenz von Alfred Gusenbauer mit Hannes Androsch - nicht geglaubt haben. Und obwohl sie die Erklärung von Van der Bellen, dass Studiengebühren vielleicht doch nicht so schlimm wären, schockiert hat. Denn, so war die Begründung, "schwarz-blau" müsse

Die Mogelpackung!

von Sonja Grusch

verhindert werden und da müsse dann halt das kleinere Übel gewählt werden. Bereits der Beginn der Sondierungs-/Koalitionsgespräche war für viele ein böses Erwachen: Sowohl SPÖ wie Grüne brachen ihre Wahlversprechen und traten in Gespräche ein. Dabei hatte man doch angeblich nur ein Ziel verfolgt: Die Politik von blau-schwarz zu verhindern und Schüssel abwählen zu wollen. Nach den Wahlen zeigte sich nun die Beliebigkeit der angeblichen Alternativen: Sowohl eine ÖVP/SPÖ- als auch eine ÖVP/Grün-Regierung scheinen - wie schwarz-blau - grundsätzlich möglich. Insbesondere die Grünen haben sich als Mogelpackung herausgestellt. Dass die grüne Führung bereits wenige Tage nach der Wahl "viele Gemeinsamkeiten" mit der ÖVP entdeckte, zeigt wie tief künftig die Bruchlinien zwischen engagierter, linker Sozial- und Umweltpolitik und der realen Orientierung von Van der Bellen, Öllinger und Co. gehen werden. Tatsächlich haben 80-90% der WählerInnen nicht für, sondern gegen eine Partei gestimmt - kaum jemand verband also wirklich etwas Positives mit seiner/ihrer Stimmabgabe. Zu recht: Schließlich hat Schüssel - ebenso wie rosa-grün in Deutschland - sofort nach der Wahl die "Sau" herausgelassen und massiven Sozialabbau in der Höhe von mindestens 13 Milliarden Euro angekündigt. 3.906 Menschen haben in Wien der SLP ihre Stimme gegeben.. Die SLP war keine Mogelpackung. Wir haben keine Wahlgeschenke verteilt und nur ein Versprechen gemacht: An unserer sozialistischen Politik festzuhalten und auch künftig gemeinsam mit Betroffenen gegen Sozialabbau, Sexismus und Rassismus aktiv zu sein. Gerade jetzt laden wir alle ein, die von SPÖ/Grünen und ihrer Bereitschaft, den Kurs von Schüssel mitzutragen - nun enttäuscht sind: SLP - da ist drin, was drauf steht. Nämlich Widerstand, Solidarität und

Klage gegen Frauensprecherin der SLP

Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner!

Egal wie der Regierungspoker zwischen schwarz-blau, schwarz-rot oder schwarz-grün ausgeht: Mit den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament ist in Sachen Frauenrechte und speziell für das Recht auf Abtreibung nichts Gutes zu erwarten. Unter dem Motto "Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!" führt die Sozialistische Linkspartei schon seit fast zwei Jahren eine Kampagne zur Verteidigung der "Lucina"- Frauenklinik.

VON CLAUDIA SORGER, SLP
FRAUENSPRECHERIN

Im Rahmen dieser Kampagne haben wir zahlreiche Kundgebungen organisiert und die Methoden von Human Life International (HLI) aufgezeigt. Grund genug für Dietmar Fischer, den Chef von HLI-Österreich, mit einer Privatklage wegen übler Nachrede gegen die Autorin dieses Artikels vorzugehen.

SYMBOLWIRKUNG DER KLAGE

Fischer lässt sich in dem Verfahren von der Rechtsanwaltskanzlei Gheneff-Rami vertreten, die vormals von Justizminister Böhmdorfer geleitet wurde. Die Hauptverhandlung findet am 19. Dezember statt. Wenn die radikalen Abtreibungsgegner mit ihrer Klage durchkommen, bedeutet das nicht nur einen finanziellen Verlust, sondern eine weitere Offensive gegen das Frauenrecht auf Abtreibung. Im Rahmen unserer Verteidigung vor Gericht werden wir den Wahrheitsbeweis antreten. Zahlreiche Frauen unterstützen uns dabei, indem sie aussagen, was ihnen vor den Kliniken wiederfahren ist. Denn unzählige

Frauen wurden von den radikalen Abtreibungsgegnern bedrängt und beschimpft.

Ziel unserer Kampagne ist es, die radikalen Abtreibungsgegner zu stoppen und zu ermöglichen, dass Frauen in ganz Österreich das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ohne Hindernisse in Anspruch nehmen können. Denn das ist nach wie vor nicht der Fall und nach dem Ergebnis der Nationalratswahl ist eher eine Verschärfung der Situation zu erwarten.

ÖVP QUERVERBINDUNGEN

ÖVP-PolitikerInnen haben schon in der Vergangenheit deutlich gemacht, wie sie zu diesem Thema stehen. So hat etwa Bundeskanzler Schüssel im Mai 2000 in einem Brief an einen Abtreibungsgegner geschrieben: "Wir haben uneingeschränkte Achtung vor dem ungeborenen Leben und lehnen Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich ab. (...) eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regelungen wird von der ÖVP angestrebt (...)." Der ÖVP-Bundesrat Leo Steinbichler forderte erst kürzlich ein Verbot der in Österreich "sehr



locker bis zum dritten Schwangerschaftsmonat gestattete Abtreibung". Er begründete dies mit den fallenden Geburtenzahlen und der damit verbundenen Knappheit der Facharbeiter für den Arbeitsmarkt.

"KATHOLISCHE LIGA"

Auch beim "Ride for Life", einer Fahrradtour, die im Sommer 2002 von "Jugend für das Leben" veranstaltet wurde, brachten ÖVP-PolitikerInnen ihre Unterstützung für die radikalen Abtreibungsgegner zum Ausdruck. Der ÖVP-Bundesrat Vinzenz Liechtenstein und die Familiensprecherin des Grazer Gemeinderates und Vorsitzende des katholischen Familienverbandes Steiermark,

Sissi Potzinger, kamen zum Abschlussempfang ins Erzbischöfliche Palais in Wien. Potzinger meinte über den Grund ihres Kommens gegenüber Kath.net (Katholischer Nachrichtendienst): "Es war mir ein Herzensanliegen, mit dieser Fahrt nach Wien und diesem Gottesdienst ein Zeichen zu setzen, wie unersetzbar wichtig der Einsatz für das menschliche Leben vor allem an seinem Anfang und Ende ist." Auch Vinzenz Liechtenstein bewunderte im Gespräch mit Kath.net das "tolle Beispiel der Veranstaltung". Kein Wunder also, dass in den ÖVP regierten Bundesländern Schwangerschaftsabbrüche kaum durchgeführt werden und ein Großteil der

Frauen nach Wien pilgern muss. Diese Beispiele zeigen, dass es gerade jetzt notwendig ist, gegen die Angriffe auf Frauenrechte aktiv zu werden. Deshalb fordern wir:

- Unterbringung der Lucina-Klinik in Räumlichkeiten der Gemeindepitäl
- Gemeinsame Durchsetzung einer Banneile für militante Abtreibungsgegner rund um Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen!
- Möglichkeit auf Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern!
- Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein!
- Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln!

Aus dem Wahlkampf der SLP

Aktiv gegen Nazis und Sozialabbau!

Die SLP hatte vor der Kandidatur eine hohe Hürde zu überspringen. Knapp 4 Wochen lang mussten wir in Wien 500 beglaubigte Unterstützungserklärungen sammeln. Jeden Tag standen GenossInnen ab 08.00 Uhr vor diversen Bezirksämtern. Manche berufstätige GenossInnen nutzten ihre Mittagspausen. Auch eine Reihe von (Nicht-)Mitgliedern investierten ihre Arbeitskraft. Heißer Kaffee in Thermoskannen half über kalte und verregnete Vormittage hinweg.



Der "eigentliche" Wahlkampf begann dann gleich mit einem Paukenschlag: Die FPÖ Traiskirchen rief für 17. Oktober zu einer Demo gegen das Flüchtlingslager auf. Auf unsere Ankündigung einer Gegendemo reagierte die örtliche FPÖ prompt: schriftlicher Rückzug. Begründung: Man wolle keine Linksradikele nach Traiskirchen holen. Schon passiert. Reichholds Wahlplakate ("Sein Handschlag zählt") in der Region wurden daraufhin mit Zetteln ("ABGESAGT") überklebt. Wie visionär (bezüglich Reichholds Zukunft insgesamt)!

BEWEGUNGEN AUFBAUEN, STATT "GESCHENKE" VERTEILEN

Wir mussten uns mit einem Wahlkampfbudget von rund 1.500,- Euro durchschlagen. Klar, dass es bei unseren Infotischen keine getrockneten Feigen (LiF), Kugelschreiber (SPÖ u.a.), Glühwein (ÖVP) oder dämliche Stoffelefanten (FPÖ) gab. (Nur zur Klarstellung: auch wenn wir mehr Geld hätten, gäbe es so was nicht!). Der Aufbau einer internationalen Anti-Kriegs-

Bewegung war ein weiterer Schwerpunkt im SLP Wahl-Kampf. Ein konkretes Ergebnis sind regelmäßige Diskussionen und eine geplante Aktion gegen den drohenden Irak-Krieg von und mit Jugendlichen in Mödling, wo seit November eine neue SWI-Gruppe entsteht. In Salzburg ist die SWI-Gruppe bereits sehr bekannt und mit Flugblättern und wöchentlichen Treffen präsent. Dass man die SLP weder in Salzburg noch in Mödling wählen konnte, ist nur ein Ansporn mehr, es nächstes mal auch dort zu schaffen.

AKTIV GERADE IM WAHLKAMPF

Die Aktion gegen die Nazi-Gewalt in Floridsdorf (gemeinsam mit anderen Gruppen) am 20.11. war ebenso ein Erfolg und verlief friedlich. In mehreren Reden wurde auf die zugrunde liegende soziale Lage eingegangen, für die die etablierten Parteien verantwortlich zeichnen. Rechtsextreme Schläger können vor allem in einem Milieu von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst zulegen. Um sich vor den unmittelbaren Attacken zu schützen, ist organi-

sierte Selbstverteidigung nötig. Die GenossInnen der dortigen SJ-Gruppe haben damit bereits einige Erfolge erzielt. Bei den SLP-Infoständen vor der Universität konnte man viel über die realen Verhältnisse lernen: SPÖ und ÖVP einträchtig nebeneinander und tauschten ihre "Wahlgeschenke" zum Stimmenfang aus. Sie waren nur durch andersfarbige Jäckchen zu unterscheiden.

TESTWAHLEN

An einer Reihe von Schulen in Wien waren Testwahlen angesetzt. Unser Wahlkampf war auch darauf ausgerichtet. Die Mehrzahl der SchülerInnen darf noch gar nicht wählen; die Auswirkungen der herrschenden Politik müssen sie jedoch voll ertragen. Wir waren wohl die aktivste wahlwerbende Partei direkt vor einigen Schulen. Ein Ergebnis dieser Schultestwahlen: die SLP schlug die

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23. Herstellungs- und Verlagsort: Wien. DVR: 0820202

Melzer-Kopie und Melzer-Druck im Konkurs

"Wie im falschen Film"

Am 17.10 wurde über Melzer-Kopie und Melzer-Druck der Konkurs eröffnet. Ende Oktober ordnete das Handelsgericht die Schließung beider Betriebe an. Rund 120 KollegInnen wurden arbeitslos. Damit nicht genug: Der Geschäftsführer nutzte die letzten Tage für heftige Auseinandersetzungen mit dem Betriebsrat. Am 2. Oktober wurde die Melzer-Belegschaft vom Geschäftsführer Dr. Krutak in einer eilig und ohne Angabe von Gründen einberufenen Betriebsversammlung vor vollendete Tatsachen gestellt.

VON HARALD MAHRER, SLP
WIEN-NORD, EHEM. BR
BEI MELZER-KOPIE

Melzer-Kopie und Melzer-Druck waren zahlungsunfähig, die Löhne für September waren nicht ausbezahlt, der Gang zum Konkursgericht unvermeidlich. Der Betriebsrat wurde "natürlich" nicht vorab informiert. Die Versammlung selbst verlief dennoch turbulent, da eine allein erziehende Kollegin Dr. Krutak mit der Frage konfrontierte, wie sie sich und ihr Kind ernähren sollte? Die lapidare Antwort: Er könne auch nichts machen. Auf die Frage, wie es ihm ginge, antwortete Dr. Krutak: Er sei natürlich auch betroffen, aber Geld hätte er noch.

SCHNELLER "LADENSCHLUSS"

Mitte Oktober waren dann alle Filialen geschlossen. Doch für Belegschaft und Betriebsrat war die Angelegenheit keineswegs vorbei. Mir wurde Telefon, E-Mail-Zugang und Computer ent-

zogen. Gerade in dieser turbulenten Phase konnte ich nur mittels privatem Handy Kontakt zu den KollegInnen halten, was mir eine 200 EUR-Rechnung einbrachte.

Bei einer weiteren Betriebsversammlung (mit AK und Gewerkschaft) wurde uns mitgeteilt, dass zwar all unsere finanziellen Ansprüche gesichert seien, eine Auszahlung aufgrund des Prozedere (Abrechnung, Einreichung, etc.) erst in einigen Monaten zu erwarten sei.

UNSERE FORDERUNGEN

Meine BR-Fraktion verteilte eine Zeitung, in der wir einerseits die Rolle und Verantwortung der Geschäftsleitung beim Konkurs aus unserer Sicht darlegten und andererseits folgende Forderungen erhoben:

-Eine namhafte Summe aus dem Privatvermögen der Eigentümer und Geschäftsführer zur Verhinderung von extremen Notlagen bei KollegInnen (z.B. Delogierungen)

-Eine Gesetzesänderung hinsichtlich der Auszahlungsmodalitäten des Insolvenzgeldausfallfonds. Wir argumentierten: Wenn bei jeder Gasrechnung zuerst gezahlt und dann berechnet werden kann, sollte das auch hier möglich sein.

-Eine Gesetzesänderung hinsichtlich des Rechts auf begründeten vorzeitigen Austritt: Dieses muss gerade im Konkursfalle gegeben sein.

-Die Übernahme der Melzer-Gruppe durch die öffentliche Hand und eine Weiterführung unter demokratischer Kontrolle durch die Belegschaft.

BRIEF AN GEWERKSCHAFT UND GESCHÄFTSLEITUNG

Entsprechend unserer ersten Forderung verfassten wir einen Brief an Dr. Krutak und Herrn Schönbichler, den rund 30 KollegInnen unterzeichneten. Bezüglich der Gesetzesänderungen legten wir eine Unterschriftenliste auf, welche von 90 KollegInnen und dem Landessekretär Johannes Steiner von der DJP (Gewerkschaft Druck, Journalismus und Papier) unterschrieben wurde.

BETRIEBSRAT ODER LOHN

Der Geschäftsführer drohte daraufhin, die Lohnabrechnung zu verzögern, sollte ich nicht von

meinem Mandat zurücktreten. Gleichzeitig drohte er mit fristlosen Entlassungen wegen kleinster Kleinigkeiten. Er begann seine Wut auf mich an den KollegInnen auszulassen: Mittels Drohungen, Wutanfällen und der Verbreitung des Gerüchts er könne die Auszahlung unserer Ansprüche

gedroht wurde, wer auch nur 5 Minuten zu spät käme - obwohl eh keine Arbeit vorhanden war - würde die "Fristlose" bekommen.

KAPITULATION DER MEHRHEITSLISTE

Während die geschäftsleitungsnahe Mehrheitsliste kapitulierte,

Kontakt getreten bin. Mit Dr. Stortecky, dem Masseverwalter, konnte ich klären, dass es zu keinen Entlassungen komme würde und dass er die verschärfte Gangart Dr. Krutaks nicht unterstützen würde. Bei diesen Gesprächen konnte ich für eine Kollegin auch einen Abfertigungssprung, der knapp verfehlt worden wäre, sichern. Mit Ende Oktober organisierte ich dann die Austritte der KollegInnen, da das mit dem Schließungsbefehl des Gerichts endlich möglich war. So konnten wir erstens die Ansprüche sichern und uns zweitens den Anfällen der Geschäftsleitung entziehen.

OHNE MANDAT UND FIRMA FÜR DIE KOLLEGINNEN

Selbstverständlich bleibe ich meinen KollegInnen auch ohne offiziellem Mandat als Ansprechpartner für Probleme in der Causa Melzer erhalten. Ich bedanke mich bei all jenen, die mir dabei geholfen haben, in der heißen Phase kühlen Kopf zu bewahren. Denn mit Rückgrat und kühlem Kopf bin ich doch entscheidend weiter gekommen, als die geschäftsleitungsnahe BR-Mehrheit, die sich mit ihren Betteleien nur einen Wutanfall nach dem anderem seitens Dr. Krutak eingefangen hat. Und das obwohl er ohnehin nicht mehr



verhindern, sollte ich nicht zurücktreten. Ein Kollege rief mich an und fasste die Situation in seiner Filiale mit den Worten "Man glaubt, man ist im falschen Film." zusammen, nach dem dort

nahm ich die Dinge selbst in die Hand und konnte - selbstverständlich ohne Rücktritt - für einen einigermaßen geordneten Ablauf sorgen, in dem ich mit dem Masseverwalter direkt in

Bilderwechsel nach dem Wahlerfolg im BR-Zimmer: "Klestil geht, Lenin kommt":

Wahlerfolg für den GLB am Postamt 1230!

In der Zeit von 18.11-20.11 wählten die Gewerkschaftsmitglieder von Gelber Post, Telekom und Postbus ihre VertreterInnen in der Gewerkschaft. Insgesamt waren 68.000 Gewerkschaftsmitglieder wahlberechtigt. Bei der gelben Post und der Telekom wurden außerdem die Personalvertretungen gewählt. Wie bei den AK-Wahlen, bei den ÖBB und den Gemeindebediensteten setzte sich vor allem der Trend gegen die FPÖ fort.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP
WIEN-WEST

Die FSG (SPÖ Fraktion) konnte vor allem mit der Ablehnung von blau-schwarz punkten. Beim Postbus (hier fanden nur Gewerkschaftswahlen statt) scheint der Streik seine Wirkung gehabt zu haben: Die Freiheitlichen sackten von 7 % auf 0,2 % ab. Auch die FCG (ÖVP) verlor (im Gegensatz zur restlichen Post) ebenfalls 7%. SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer und der Vorsitzende der Postgewerkschafter Fritz deuteten gemeinsam im Vorfeld der Wahl an, keine weitere Privatisierung der gelben Post (nicht des Postbusses!) zuzulassen.

DAS ERGEBNIS

Die FSG gewann die Wahlen deutlich (66,59% plus 3,73), die FCG verlor leicht (28% -1,08) die Freiheitlichen verloren stark (2,4 - 3,34%), die Unabhängigen Gewerkschafter (UG) kandidierten erstmalig im Bereich der Telekom und erreichten 2,0 %. Sie sind damit gleich mit 2

Mandaten im Zentralvorstand der Gewerkschaft vertreten. Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) - in dem die SLP mitarbeitet - verlor bei den Gewerkschaftswahlen.

Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der GLB im Bereich Postbus und im Bereich der Telekom nicht mehr kandidierte. In Wien, NÖ und Burgenland legte der GLB bei den Gewerkschaftswahlen zu. Insgesamt erreichte der GLB 1%.

POSTAMT 1230: 4:1 FÜR DEN GLB!

Ein besonderer Erfolg gelang dem GLB bei den Personalvertretungswahlen am Postamt 1230 mit über 250 Beschäftigten, dort wurde der Mandatsstand im Vertrauenspersonenausschuss - VPA (so heißt die betriebliche Interessensvertretung bei der gelben Post) umgedreht. Mandatsstand vor der Wahl: FSG 4 Mandate GLB 1, nach der Wahl: FSG 1 Mandat und GLB 4.

INTERVIEW MIT ROBERT HOBOK

Neuer VPA-Obmann am Postamt im 23. Bezirk Wiens ist der GLB-Bundessprecher Robert Hobek. Vorwärts sprach mit ihm über seinen Erfolg und über das gesamte Wahlergebnis.

Vorwärts: Gratulation zu deinem sensationellen Wahlerfolg bei dir am Postamt. Wie kam der zustande?

Robert Hobek: Im Wahlkampf gab es drei Fraktionen auf der Seite des Neoliberalismus und nur eine Opposition zu Privatisierung und Personalabbau - den GLB.

Wir haben sehr grundsatzorientierte linke Inhalte vertreten. Gleichzeitig haben wir für KollegInnen auf dem Arbeits- und Sozialgericht interveniert. Wir haben, so gut es mit einem Mandat ging, für Leute gekämpft, politischen Druck gemacht, mit dem GLB-Mandat in der Wiener Arbeiterkammer Anträge gestellt usw. Wir haben also linke Politik mit dem konsequenten Einsatz für die Menschen vor Ort verbunden. Das ist sowohl ein wesentlicher Teil unseres Erfolges am PA Liesing, wie auch für die Steigerung der Stimmen von 118 im Jahr 98 auf 278 2002, in Wien, NÖ und Bgl.

V: Wie war der Wahlkampf?

R.H.: Hart aber erfolgreich. Die

FSG hat im Wahlkampf auf einzelne Leute, die für uns etwas machen wollten, Druck erzeugt. In einem Postamt haben neue GLB-KandidatInnen sogar ihre Kandidatur zurückgezogen. Die FSG agierte mit einer Überheblichkeit wie sie sich auch schon bei der Personalvertreterkonferenz im März 2002 zeigte (Vorwärts berichtete), wo man dem GLB kein Rederecht zugestand und nur ausgesuchte Personalvertreter reden durften.

V: Wie erklärst du dir eigentlich die Tatsache, dass nach all den Angriffen der Regierung die FCG immer noch recht gut abgeschnitten hat?

R.H.: Das liegt an den ländlichen Bereichen. Vor allem in Tirol und Vorarlberg ist der Hauptwidersacher des FCG-Vorsitzenden Wiedner, Erwin Zangerl, sehr stark, er punktet bei den KollegInnen durch sein linkspopulistisches Auftreten und durch seine klassenkämpferischen Sprüche.

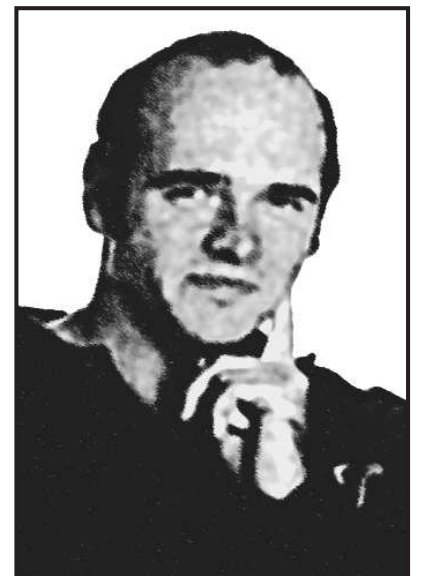
V: Was wird deine erste Maßnahme am Postamt sein?

R.H.: Das Klestilbild fliegt aus dem Betriebsratsbüro und dafür kommt aus meinem Privatarchiv ein Leninbild hin.

V: Wie war der Wahlkampf?

R.H.: Hart aber erfolgreich. Die

Robert Hobek, neuer VPA
Obmann am PA 1230 und
Bundessprecher des GLB.



einstellen. Ich will ja mit der gewonnenen Stärke auch politisch etwas anfangen. Vor allem Druck erzeugen wenn es wieder brenzlich wird.

V: Wie soll es weiter gehen?

R.H.: Neben dem Einsatz für die Belegschaft des PA 1230 geht es vor allem um eine Verhinderung weiterer Privatisierungen. Wir verlangen, dass die Post im öffentlichen Eigentum bleibt und unterstützen auch die Einleitung eines dementsprechenden Volksbegehrens.

Wir werden die FSG an ihre Versprechen erinnern und Druck in Richtung Kampfmaßnahmen machen. Zudem habe ich jetzt auch noch neue gute Mitsstreiter

am Postamt: Linke, fortschrittliche Jugendliche, einer spielt sogar in einer linken Rockgruppe. Mit diesen Leuten werde ich einen konsequenten Linkskurs fahren.

Wir erwarten uns vor allem vom Betriebsratsvorsitzenden des Postbusses, Robert Wurm, dass er sein Versprechen vom Juni 02 wahr macht und Kampfmaßnahmen organisiert, wenn weitere Privatisierungsschritte folgen. Fritz und Gusenbauer suchen ja nach einer "österreichischen Lösung" für den Postbus, aber was soll an einem österreichischen Ausbeuter besser sein als an einem deutschen oder amerikanischen? Privatisierung muss in jeden Fall bekämpft werden!

Vorwärts: Danke für das Gespräch



Vor dem dem Abschwung? Europa: Die Rückkehr des schwarzen Freitags?

Die "Nichttrauerzone" lautet das Motto einer Kampagne verschiedener österreichischer Unternehmer. Als Hauptursache für die Probleme der Wirtschaft wird das Nörgeln und Raunzen der Bevölkerung - also die angeblich falsche Einstellung der ArbeitnehmerInnen - erkannt. Keinen anderen Ansatz verfolgen im Grunde die großen Wirtschaftsforschungsinstitute - wie z.B. das IHS und das WIFO in Österreich - oder die Regierungen der verschiedenen EU-Staaten: Jede Kraft, die auf ökonomische und soziale Probleme hinweist, wird sofort des "Krankjammerns" bezichtigt. Für die Millionen Arbeitsloser, für die Menschen, die auch in den reichen Städten Europas in Armut leben, ist aber nicht "alles gut". Im Gegenteil: Selbst für jene, die noch Arbeit, Wohnung und Einkommen haben nimmt der Kampf um eine gesicherte Existenz immer härtere Formen an.

VON SONJA GRUSCH, SLP-WIEN NORD

EUROPA: EIN SCHWACHES PROZENT

Die europäische Wirtschaft befindet sich, ebenso wie die Weltwirtschaft in einer angespannten Situation. Seit Anfang der 90er Jahre brechen die Widersprüche des Kapitalismus an immer neuer Stelle auf - in Form der Asienkrise, der Russlandkrise, der Krise in Lateinamerika und der Türkei. Auch die Konjunktur in den USA - lange Zeit die Lokomotive der Weltwirtschaft - stagniert. Nur Zweckoptimisten sehen die Lösung - wie schon in den letzten 20 Jahren - auch heute noch in den "neuen, aufstrebenden Märkten". Doch ob diese nun Südkorea, Argentinien, Tiger oder Drachen hießen, das Wirtschaftswunder zerplatzte in all diesen Staaten nach wenigen Jahren des - überhitzten - Wachstums wie eine Seifenblase. Tatsächlich drücken auch heute die überschwänglichen Hoffnungen auf Regionen wie China vor allem das Unvermögen der großen Wirtschaftsblöcke - USA/NAFTA, Japan/Südostasien und die EU - aus, der Weltwirtschaft neue Impulse geben zu können. Seit Juli 2000 wurden als Folge der Einbrüche an Börsen und Aktienmärkten sowie der Serie von Bilanzfälschungen weltweit 11 Billionen Dollar an Börsenkapitalisierung vernichtet, vier Billionen davon in Europa. Auch wenn hier viel fiktives Kapital, "Spielgeld" betroffen war, so hat der Niedergang an den Börsen doch sehr reale Auswirkungen auf Produktion und Handel. Der Welthandel hat sich 2001 verlangsamt. Lag er 2000 noch bei +12,7 %, gab es 2001 einen Einbruch auf schwache 0,3 %. Für 2002 wird der Welthandel zwar wieder etwas stärker wachsen (Prognosen rechnen mit rund 3%), aber die langfristige Verlangsamung in diesem Bereich, zeigt eines der Hauptprobleme des Kapitalismus auf: Es wird weltweit zuviel produziert, bzw. es sind Überkapazitäten vorhanden. Selbstverständlich nicht im Verhältnis zu dem was die Menschen brauchen würden, aber zuviel im Verhältnis dazu, was sie sich leisten können. Der drohende Krieg der USA gegen den Irak und in Folge davon ein Flächenbrand in der Region hätte - durch ein Ansteigen des Ölpreises - weitere negative Folgen auf die Weltwirtschaft. Öl ist nach wie vor einer der wichtigsten Rohstoffe. In den 70er Jahre war das Ansteigen des Ölpreises der Auslöser für die erste Nachkriegsrezession, welche die gesamte Weltwirtschaft erfasste.

Europa ist einer der drei die Weltwirtschaft dominierenden Wirtschaftsblöcke. Während sich in den 80er Jahren die Blöcke zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Stufen des Konjunkturzyklus befanden und damit wechselweise die Rolle einer Lokomotive der Weltwirtschaft übernahmen, verläuft die Entwicklung nun wesentlich synchroner ab. Japan ist seit über 10 Jahren in einer Rezession, die USA verzeichnet - ebenso wie Europa - drastische Einbrüche beim Wirtschaftswachstum. In ganz Europa kommt es zu einer Deindustrialisierung und damit zu Arbeitsplatzvernichtung. Für 2002 wird das Wachstum in der EU bei maximal einem Prozent liegen. Insbesondere die deutsche Wirtschaft, die größte europäische Volkswirtschaft, die rund 35 % der Wirtschaftsleistung des Kontinents auf sich vereint, steckt in ernststen Schwierigkeiten. Erst jüngst mußten die Prognosen erneut auf ein "Wachstum" von 0,2 % für das Jahr 2002 nach unten korrigiert werden. Jedes Jahr verzeichnet die Bundesrepublik einen neuen Rekord an Unternehmenspleiten, heuer werden es rund 40.000 werden. Seit Beginn der Kursverluste an den Börsen im Frühjahr 2000 kam es in Deutschland zu den größten Vermögensverlusten seit dem 2. Weltkrieg.

DIE NÖRGLER SIND SCHULD!

Tatsächlich sind die als "Raunzer" beschimpften KonsumentInnen/ArbeitnehmerInnen die Opfer dieser Entwicklung und auch die Hauptbetroffenen jeder Krise im Kapitalismus. Unternehmer, auch wenn sie Bankrott machen, können doch im Regelfall ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Oft hört man von Pleitenmanagern, die bald im nächsten Unternehmen ihr Glück versuchen dürfen und Ex-Unternehmer, die in Armut leben sind wohl weit seltener, als solche, die in Luxus schwelgen. Weit höher ist das Risiko von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen. 60 Millionen Arme gibt es laut einem Bericht der Caritas in Europa, das sind 18 % der Bevölkerung, und entspricht etwa der EinwohnerInnenzahl von Frankreich. Der Anteil an Armen ist von Land zu Land unterschiedlich und reicht von 8 % (Dänemark) bis zu 23 Prozent (Portugal). In Österreich sind es immerhin 13 %. Besonders betroffen sind alleinstehende bzw. alte Frauen. Bei den über 65 liegt die Armutsrate für Frauen in Österreich bei

rund 25 %, bei alleinlebenden Frauen sind 31 % betroffen. Es sind also nicht nur Randgruppen der Gesellschaft betroffen (wo sie gerne von Regierungen ignoriert werden) sondern immer breitere Bevölkerungsschichten. Selbst Berufstätige können immer schlechter von ihrem Einkommen leben, die "working poor" (Menschen mit Job UND zu wenig Geld) nehmen zu. Die Einführung neuer Beschäftigungsformen wie Geringfügiger Beschäftigung, freie DienstnehmerInnen und Leiharbeit haben sich als klarer Nachteil für die Beschäftigten herausgestellt. Sie werden von der Wirtschaft als LohndrückerInnen mißbraucht und haben selber nur ungenügende soziale Absicherung.

Es ist zynisch all diesen Menschen vorzuwerfen, daß sie ihr Geld mit zu vollen Händen auszugeben, ebenso wenn man ihnen rät am besten noch Kredite aufnehmen um noch mehr zu kaufen und die Wirtschaft zu beleben. Es ist mehr als arrogant sich über mangelnde Flexibilität lustig zu machen, wenn sich Menschen weigern, ihre Pensionen und ihre Gesundheit dem Aktienmarkt, privaten Fonds und Versicherungen anzuvertrauen. Es ist deshalb notwendig für die ArbeiterInnen und Gewerkschaftsbewegung auch einen ideologischen Kampf gegen Kampagnen wie die "Nichttrauerzone" zu führen. Es gilt in diesem Zusammenhang aber nicht nur das Recht auf Soziale Sicherheit zu verteidigen, sondern auch die tatsächlichen Ursachen der Krise - das Versagen des Kapitalismus - aufzuzeigen.

HÄLT DER STABILITÄTSPAKT?

Die soziale Krise und der vermehrte Protest dagegen - Demonstrationen, Streiks, Proteststimmen bei Wahlen - setzen die Herrschenden verstärkt unter Druck. Im Gegensatz zu den 90er Jahren, wo das Paket "EU-Stabilitätspakt - EURO" von den verschiedenen Regierungen gemeinsam genutzt wurde, um in den einzelnen Staaten Sozialabbau voranzutreiben, tritt nun - in der Krise - wieder die nationalstaatliche Ebene stärker in den Vordergrund. "Deutschland am Rande der Rezession" schrieb die Financial Times und die EU-Kommission hat gegen Deutschland ein Strafverfahren wegen Bruches der Maastrichtkriterien eingeleitet. Heuer wird die größte Wirtschaft Europas mit 3,8 % das höchste Defizit seit 25 Jahren haben und damit deutlich über den Vorlagen des Stabilitätspaktes (die jährliche Neuverschuldung/Defizit darf nicht mehr als

3% betragen) liegen. Auch in anderen Staaten werden die Doktrin des Stabilitätspaktes gebrochen, Frankreich wird eine Verwarnung von der EU bekommen, weil das Defizit knapp unter drei Prozent liegt. Selbst in den USA wird es heuer erstmals seit langem wieder ein Budgetdefizit geben. Das spiegelt aber KEINEN grundsätzlichen Kurswechsel wieder. Es hat keine Verschiebung der Prioritäten stattgefunden und die Regierungen haben sich nicht vom Neoliberalismus losgesagt. Es findet nicht einmal ein Revival der Wirtschaftspolitik der 70er Jahre statt, als mittels Staatsintervention und staatlichen Aufträgen die Wirtschaft angekurbelt wurde. Heute gibt es direkte Steuererleichterungen für Unternehmen und Besserverdienende sowie direkte Zahlungen an Unternehmen. In den USA wird durch die Explosion der Rüstungsausgaben der Militärssektor nun mit einer Milliarde Dollar pro Jahr gesponsert - während gleichzeitig noch immer kein Geld für ein brauchbares Gesundheitswesen investiert wird.

Der nationale Druck, unter dem Regierungen stehen, bringt sie zunehmend in zwischenstaatliche Konflikte, bzw. zur Frontstellung einzelner Regierungen zu dem Regelwerk und den Institutionen der EU. Aber auch Spannungen zwischen den Wirtschaftsblöcken nehmen zu. Als Folge des Absinkens der Leitzinsen in den USA auf einen historischen Tiefstand von 1,25 % (niedrigstes Niveau seit über 40 Jahren) entbrannte auch in Europa die Diskussion über Zinssenkungen. Die Deutsche Regierung forderte dies sogar in ihrem neuem Regierungsübereinkommen von der Europäischen Zentralbank. Die hohen Zinsen führen zu einer Stärkung der europäischen Währung im Vergleich zum Dollar und damit zu einer Verteuerung der Exporte. Die sinkenden Exporte der EU (von 11,6 % Exportwachstum 2000 auf geschätzte 2 % für dieses Jahr) sind eine der Ursachen für das schleppende Wachstum der europäischen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund sind auch die wachsenden Handelskonflikte zwischen USA und Europa zu verstehen. Während mittels Welthandelsorganisationen gemeinsam versucht wird, den Handel weltweit zu liberalisieren und Märkte in Afrika, Asien und Lateinamerika zwangsweise zu öffnen, werden gleichzeitig die eigenen Märkte gegen die Importe von außen durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen geschützt.

Europäisches Sozialforum: Gegen Krieg & Ausbeutung, aber wofür?

Ablehnung imperialistischer Kriegspolitik, Kampf gegen Privatisierung von Gesundheits- und Bildungssystem als auch gewerkschaftlicher Widerstand gegen Jobverlust und Deregulierung der Arbeit standen beim ersten European Social Forum (ESF) in Florenz im Mittelpunkt. Der hier begonnene Brückenschlag zwischen antikapitalistischer, Antikriegs- und gewerkschaftlicher Bewegung reflektiert das steigende Bewusstsein der Menschen, zeigt aber auch die Notwendigkeit einer klaren programmatischen Ausrichtung und Strategie für die Zukunft.

VON WOLFGANG FISCHER, SLP-WIEN MITTE

Die rechte Berlusconi Regierung versuchte die Veranstaltung des ESF und der Anti-Kriegs-Demonstration mit allen Mitteln zu verhindern: doch weder scharfe Grenzkontrollen, noch Kriminalisierungsversuche im Vorfeld noch mediale Hetze zeigten "Erfolg". Mehr als 60.000 Menschen aus Europa und anderen Teilen der Welt strömten nach Florenz, um vom 7. bis zum 10. November an zahlreichen Veranstaltungen, Workshops und politischen Diskussionen teilzunehmen.

Die begonnene Radikalisierung hunderttausender, vorwiegend junger Menschen zeigt vor allem die Ablehnung des politischen und ökonomischen Establishments sowie deren arroganter und korrupter Politik auf. Die Zusammenhänge zwischen Kriegstreiberi, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Armut, ökonomischen Krisen, Rassismus oder Frauenunterdrückung werden von immer mehr Menschen als integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems erkannt, Widerstand dagegen beginnt sich zu formieren.

In Barcelona, London oder Genua ebenso wie in Seattle oder Washington gab es in den letzten Jahren Massenproteste gegen die Politik der multinationalen Banken und Konzerne sowie deren "Handlanger" NATO, WB, WTO, IMF...

Nicht nur die überwältigende Zahl an TeilnehmerInnen beim ESF, sondern auch der beginnende

Differenzierungsprozess innerhalb der antikapitalistischen Bewegung markieren dabei den Beginn einer neuen Phase. Globalisierung, Kampf gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik wurde vier Tage lang ebenso diskutiert wie etwa der Inhalt und Form sozialer Projekte in Europa. Aber auch die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung und den Organisationsformen der Protestbewegung sowie die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung mit den Gewerkschaften wurde in einigen Debatten angerissen.

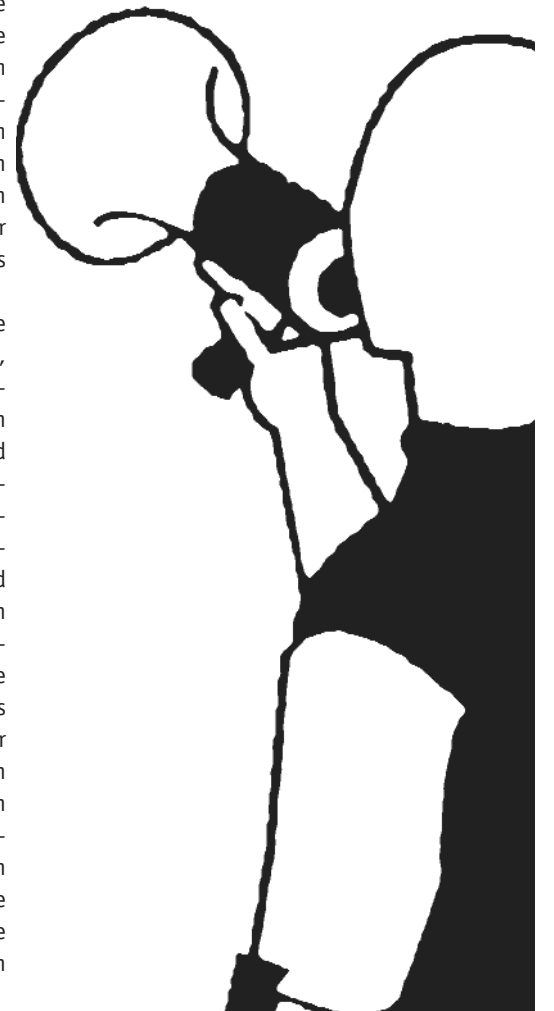
Während jedoch eine Vielzahl unterschiedlichster sozialer Bewegungen und Vereine die großen Diskussionen leiteten, waren politische Parteien als Initiatoren und Organisatoren weitgehend ausgeschlossen. Leider zeigt sich darin nicht nur die notwendige Distanz gegenüber den "etablierten" - neoliberalen Parteien, sondern auch eine gewisse Orientierungslosigkeit der Bewegung in vielen Fragen. "Ein anderes Europa ist möglich" - so lautete das Motto des ESF, wie jedoch dieses "andere" Europa aussehen sollte, darüber herrschte auch nach den 4 Tagen keine Klarheit. Was am ESF fehlte, war vor allem eine lebendige Debatte über ein antikapitalistisches (sozialistisches) Programm sowie ein Konzept für den Aufbau der Bewegung. Eine der größten Debatten mit tausenden TeilnehmerInnen war zur Frage "Parteien in Bewegung", bei der Bertinotti, Vorsitzender der RC (Rifondazione Comunista) einer der Hauptredner war. Dieser betonte allerdings lediglich, dass in der "Pluralität" die Stärke der Bewegung liege. Das CWI denkt demgegenüber, dass es notwendig ist offensiv für revolutionär-sozialistische Ideen zu kämpfen sowie den Aufbau von neuen politischen Parteien der ArbeiterInnenbewegung in den Mittelpunkt solcher Diskussionen zu stellen.

Das fortgeschrittene Bewusstsein der italienischen ArbeiterInnenklasse, die ihre Kampfbereitschaft in diesem Jahr schon mit zwei mächtigen Generalstreiks gegen die Berlusconi-Regierung unter Beweis gestellt hat, prägte auch die gesamte Stimmung am ESF.

Diskussionen über Flexibilisierung, Aushöhlung von Arbeitsrechten (Angriff auf den Kündigungsschutz - Artikel 18) sowie der notwendigen Verbindung von Demonstrationen und gewerkschaftlichen Kämpfen gegen Massenkündigungen und soziale Verschlechterungen standen in den von CGIL, COBAS und anderen Basisgewerkschaften geleiteten Diskussionen im Vordergrund.

Dieses wachsende Bewusstsein zeigte sich dann auch am Samstag, den 9. November bei einer Massendemonstration von über 1 Million Menschen, zu der italienische, aber auch französische Gewerkschaften mobilisiert hatten. Eine neue Qualität stellt hier die Verknüpfung zwischen dem bevorstehenden imperialistischen Krieg, den neoliberalen Attacken der Berlusconi-Regierung und dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit dar. Ein Meer von roten Fahnen, kämpferische Reden und Parolen sowie die Solidarisierung großer Teile der Einwohner Florenz' signalisierten ein wachsendes, kollektives Selbstbewusstsein der Klasse.

Proteste richteten sich nicht nur gegen die Kriegstreiber Politik von Bush, Blair und Berlusconi, sondern auch der Wut über die Vernichtung tausender Arbeitsplätze beim angeschlagenen Autokonzern FIAT durch Schließung, Rationalisierung und Teilverkauf an GM wurde lautstark Ausdruck verliehen. Die Situation bei FIAT beleuchtet die schwelende Krise der kapitalistischen Wirtschaft: Überproduktion, Überakkumulation an Kapital und einbrechender Marktabsatz von Massenprodukten heißt die eine Seite der Medaille, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung die Andere. Gerade hier zeigt sich auch die Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei, die für eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen konsequent kämpft. Der Kampf für eine sozialistische Welt kann aber nur dann Erfolg haben, wenn beim Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei die fortgeschrittensten Teile der ArbeiterInnenklasse und der radikalen Jugend für sozialistische Ideen gewonnen werden.



DIE OSTERWEITERUNG

Auch an anderen Fragen zeigen sich die unterschiedlichen Interessen der nationalen Kapitalfraktionen. Besonders deutlich wird dies rund um die Frage der Osterweiterung. Einerseits brauchen die EU-Staaten die Osterweiterung dringend. Das Wachstum in dieser Region hat sich zwar ebenfalls verlangsamt - ein gewaltiges Ost-Westgefälle wird deshalb auch in Zukunft weiter fortgeschrieben. Trotzdem ist der osteuropäische Wirtschaftsraum zur Zeit etwas dynamischer als der Westen: Für die 10 Beitrittsländer wird das Wirtschaftswachstum 2002 bei durchschnittlich 2,1 % liegen, die EU kommt auf maximal 1 %. Die EU erhofft sich durch den Beitritt dieser Staaten Impulse für die europäische Wirtschaft. Es sind neue Märkte auf denen vielleicht ein Teil der Überproduktion abgesetzt werden kann. Immerhin wird die Bevölkerung der EU, und damit potentielle KonsumentInnen, um 20 % erhöht. Andererseits bedeutet die Erweiterung der EU aber auch zusätzliche Konkurrenz und Kosten v.a. im Agrarbereich. Die Frage der Finanzierung wird daher zu einem der Hauptstreitpunkte in der EU werden. Bei der jüngsten "Einigung" zwischen Deutschland und Frankreich wurde die Entscheidung im Wesentlichen um Jahre hinausgezögert in der - unrealistischen - Hoffnung, dass bis dahin die Wirtschaft größere Spielräume zulassen wird. Besonders deutlich zeigen sich die Schwachpunkte der Erweiterung im Zusammenhang mit den Beitrittswünschen der Türkei. Diese will seit 1987 der EU/EG beitreten, wird aber auf Distanz gehalten. Die Frage von "Menschenrechten" ist nur ein Vorwand (immerhin hat auch Österreich die Euro-

päische Menschenrechtskonvention nicht unterschrieben). Tatsächlich glaubt die EU, nicht noch eine strukturschwache Wirtschaft, sowie weitere nationale "Sonderinteressen" (bei der Türkei vor allem Fragen der geostrategischen Orientierung), bei den bereits bestehenden EU-internen Spannungen, verkraften zu können.

KRISE DER POLITIK

Wirtschaft und Politik sind keine voneinander trennbaren Kategorien. Die nationalen Regierungen sind der verlängerte Arm der Wirtschaft und machen Politik im Interesse der Profitmaximierung. Das haben nicht zuletzt Privatisierungen, Sozialabbau sowie Deregulierung & Flexibilisierung deutlich gemacht. Aber eben weil dieser Zusammenhang immer offensichtlicher geworden ist, steigt die Ablehnung gegen das Establishment und die etablierten Parteien. Das zeigen die im Gesamttrend sinkende Wahlbeteiligungen, das Erstarken von (scheinbarer) Oppositionsparteien und die fehlende Begeisterung und Identifikation mit den Parteien, die letztlich gewählt werden. Insbesondere die extreme Rechte konnte in der jüngeren Vergangenheit von diesem Unmut profitieren. Sie hat die bestehenden sozialen Probleme und die Korruption des Establishments genutzt und mit Rassismus und rechtsextremem Populismus gepunktet. Haider, Berlusconi, Le Pen und Pim Fortyn haben letztlich alle die gleiche Taktik erfolgreich angewendet. Es werden aber nicht nur die Parteien des Establishments, sondern auch der Kapitalismus an sich zunehmend hinterfragt. Auf der Homepage der Financial Times gibt es einen Button "Crisis of

Capitalism" (Krise des Kapitalismus), der die Stimmung zusammenfasst. Es wäre verfrüht, von einer allgemeinen, antikapitalistischen Stimmung zu sprechen, aber dass der Kapitalismus nicht die Lösung ist, wird immer offensichtlicher. Diese Stimmung drückt sich auch in Wahlerfolgen linker Formationen aus und insbesondere in den antikapitalistischen Massendemonstrationen und der Zunahme von Streiks.

HOFFNUNG IN NEOKEYNSIANISMUS UND EINE REFORMIERUNG DER EU

In dieser neuen - antikapitalistischen - Bewegung wird viel über Lösungen und Alternativen diskutiert. Wie kann die Wirtschaftskrise und insbesondere ihre Folgen für die Menschen bekämpft werden? Ein wichtiger Punkt ist die Frage, ob die EU und damit der Kapitalismus reformiert werden kann um sich an den Bedürfnissen zu orientieren. Wir beantworten diese Frage von einem grundsätzlich anderen Ansatz her: Der Kapitalismus funktioniert auf der Basis von Profitstreben, nicht von menschlichen Bedürfnissen. Die neoliberale Politik ist nicht das Ergebnis von Unvernunft oder Bösartigkeit, sondern von innerkapitalistischer Notwendigkeit. Weil es seit den 80er Jahren eine immense Überproduktion an Waren und Kapital gab, weil die Konkurrenz stieg und es für die Unternehmen immer schwerer wurde Profite zu machen, musste man um Profite zu sichern zu neoliberaler Politik greifen. Wenn heute aus den Reihen der Gewerkschaft eine Rückkehr zur Wirtschaftspolitik der 70er Jahre gefordert wird, werden die Rahmenbedingungen und die Veränderungen, die seither stattgefunden haben,

außer Acht gelassen. Das bedeutet nicht, dass keine Reformen (z.B. mehr Geld für den Sozialstaat), dass keine Umverteilung (z.B. Steuerreformen die die Unternehmen belasten), dass keine Wiederverstaatlichung (z.B. von schon privatisierten) mehr möglich ist. Das bedeutet aber, dass derartige Schritte auf wesentlich härteren Widerstand von Seiten des Kapitals stoßen würde als in den 70er Jahren und den Kapitalismus an sich in Frage stellen würde.

FÜR DIE VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA

Bei einer Fortführung des Kapitalismus sind immer wiederkehrende Krisen mit allen ihren Folgen - Arbeitslosigkeit, Armut bis hin zu Krieg und Zerstörung - nicht zu verhindern. Zur Zeit sieht es nicht nach einer Erholung sondern eher nach einer Krise wie in den 70er oder sogar 20er/30er Jahren aus. Auch damals waren die Methoden der Herrschenden der Rückzug des Staates, Kürzungen bei Sozialleistungen, ein "ausgeglichenes" Budget und die Liberalisierung der Märkte. Ein Szenario wie in der Zwischenkriegszeit erscheint heute mehr denn je als eine realistische Gefahr. Die Alternative dazu ist nicht der Rückzug auf kleine nationalstaatliche Inseln, sondern der Sturz des Kapitalismus. Die antikriegs- und antikapitalistische Bewegung sowie die zunehmenden Klassenkämpfe geben hier die Richtung vor. Ein vereinigtes Europa zum Wohle der ArbeiterInnenklasse, der Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen ist möglich. Erreicht werden kann das aber nicht durch eine Reformierung der EU, sondern durch die ver-

Es gibt kein höheres Wesen, oder:

Gedanken über Gott und die Welt



"Während die Kirchenbesuche immer wieder zurückgehen, so hat sich die Zahl der Abmeldungen vom Religionsunterricht in Österreich nach Angaben der Wiener Tageszeitung 'Der Standard' bei 5,8% auf einem stabilen Niveau eingependelt.", berichtete Comun@tix im April dieses Jahres. (Quelle: <http://www.schule.comunetix.de/news/index.php3?shownews=494>)

Nimmt also die Zahl der "Religiösen" wieder zu? Woher lässt sich dieser gesellschaftliche Trend zum Glauben an Gott ableiten? Als marxistische Partei fordert die SLP die konsequente Trennung von Kirche und Staat. Wir verteidigen aber auch das Recht auf freie Religionsausübung gegenüber (vermeintlicherweise) religiös motivierten Verfolgungen und Diskriminierungen und sind aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, was oft einher geht. Gleichzeitig weisen wir öffentliche Zahlungen an den Vatikan entschieden zurück. Diese Steuergelder wären in Volksbildung und öffentliche Aufklärung gegen weitverbreiteten Aberglauben und Mythen besser investiert.

DIE GEISTER, DIE WIR RIEFEN?

Wir wollen die Weihnachtszeit dazu nutzen, die Positionen der SLP zu Religion und Kirche im Folgenden näher zu erläutern und so mitunter einen theoretischen Beitrag zur Beseitigung der christlich-abendländischen Verklärtheit bieten. Außerdem machen Esoterik-Boom und "New Age" (oder "New Millenium") eine solche kritische Auseinandersetzung mehr als notwendig. "Wir fordern, dass die Religion dem Staat gegenüber zur Privatsache wird, können sie aber keinesfalls unserer Partei gegenüber als Privatsache betrachten", so Lenin. (Sozialismus und Religion, Werke 10, S.70ff.)

Der wachsende Trend zu Esoterik und Spiritualität ergibt sich im Wesentlichen aus 2 Faktoren. Erstens ist er gewissermaßen Vorbote der wirtschaftlichen und sozialen Krise, in die der Kapitalismus immer stärker schlittert.

Zweitens wird das resultierende politische Vakuum vermehrt von rechtsextremen, populistischen Gruppierungen sowie von der "Eso-Welle" aufgesogen. Mit der endgültigen Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und dem Wegfall der vermeintlichen Systemalternative im Osten suchten sich die meisten erstmals eine neue Heimat - für viele war dies der religiöse Glaube an etwas. Und diese Schwäche des subjektiven Faktors, dieser politische Ausdruck des zurückgeworfenen Bewusstseins weiter Teile der ArbeiterInnenschaft, trägt nun ihre Früchte mit dem Erstarken der irrationalen Suche nach einem Messias, einem Erlöser, auch unter der Jugend.

RELIGION IST OPIUM FÜR DAS VOLK

Mit dieser Aussage verbildlicht der Revolutionär W.I.Lenin in seinem anlässlich der russischen Revolution von 1905 verfassten Artikel den reaktionären Charakter von Religion in der modernen Klassengesellschaft. Eine Passage vorher erklärt er: "Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet."

Doch Lenin beleuchtet in seinen Schriften nicht bloß den instrumentellen Aspekt von Religion, also ihre soziale und politische Funktion im Kapitalismus, die Sicherung und Stabilisierung der Klassenherrschaft des Kapitals über die Lohnsklaven, sondern knüpft vielmehr an Marxens Kritik des Philosophen Feuerbach und

dessen Konsorten an.

So schreibt Lenin weiter: "Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt." Anders als oft vermutet, setzt der Marxismus die Entstehung der Religion also nicht erst mit dem Beginn der Existenz von Klassen an, sondern bereits mit dem Beginn sozialer Organisation überhaupt. Hiermit verknüpft und für den Marxismus von zentraler Bedeutung ist der vom deutschen Philosophen Hegel übernommene Begriff der Entfremdung, namentlich der Entfremdung des Arbeiters bzw. der Arbeiterin von seiner Arbeit bzw. der Menschen der Natur im Allgemeinen.

KEINE TRENNUNG VON RELIGION UND GESELLSCHAFTLICHEN WURZELN

Die Basis für die Religion bildet keineswegs die Unwissenheit des Volkes, wie der aufgeklärte Atheist behauptet, sondern die Gesellschaft, in der wir leben. Es gibt also keine rein psychologische Basis für die Ausbreitung religiöser Vorurteile, vielmehr beruht diese - ebenso wie Rassismus, Sexismus und Homophobie - auf den sozio-ökonomischen Verhältnissen, die uns umgeben. Es kann uns nicht darum gehen, dem Glauben an Gott einen Glauben an die Wissenschaft und den Fortschritt entgegenzusetzen, wie dies viele bürgerliche Fortschrittler tun, sondern jeglichem Irrationalismus die materielle Basis zu entreißen, sie zu zerschlagen.

RELIGION UND KLASSE

"Den Kampf gegen die Religion darf man nicht auf abstrakt-ideologische Propaganda beschränken, darf ihn nicht auf eine sol-

che Propaganda reduzieren, sondern er muss in Zusammenhang gebracht werden mit der konkreten Praxis der Klassenbewegung, die auf die Beseitigung der sozialen Wurzeln der Religion abzielt."

Lenin, "Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion", S. 404 f

RELIGION IST OPIUM DES VOLKES

In seiner Kritik an Hegel und Feuerbach erklärt Marx seinen materialistischen Ansatz, der davon ausgeht, dass sich die Menschen Abbilder ihrer selbst schaffen, in die sie alles Gute projizieren, aber auch all ihre Ängste: "Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes." (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie - 1843/44). Mit dieser Schrift begründete Marx die marxistische Ideologiekritik des modernen wissenschaftlichen Sozialismus.

In einem Brief an seinen Freund Arnold Ruge vom September 1843 schreibt er: "Unser Wahlspruch muss sein: Reform des Bewusstseins nicht durch Dogmen, sondern Analyse des mystischen, sich selbst unklaren Bewusstseins, trete es nun religiös oder politisch auf."

In dieser Tradition sieht sich auch die SLP. In aller Deutlichkeit distanzieren wir uns von der antireligiösen Hetze und Verfolgung im Stalinismus. Das Fortbestehen - ja die teilweise Stärkung - des Buddhismus, des Islam, des Voodoo und anderer religiöser Kulte in China, auf Cuba, in Nordkorea, in Vietnam etc. sind auch ein Beleg dafür, dass es dort keinen Sozialismus gab bzw. gibt. Im Gegensatz dazu kam es im Zuge von wirklich revolutionären Veränderungen und Bewegungen - z.B. während des spanischen Bürgerkriegs - auch

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr
Club International, 16., Payerg. 14
MARGARETEN: Jeden Do. um 19.30 Uhr,
Bunte Kuh, 5.,
Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr
"Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN:
Jeden 1. Montag im Monat, 19.00
Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen)
Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Salzburg, Mödling, etc.: Infos unter
slp@slp.at bzw. 01 - 524 63 10

Die SLP im Wahlkampf:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.
MI., 18. 12., 19.00 UHR, SLP MITTE Wei(h)nacht(el)feier mit Kabarettvideos
DO., 19.12.: 8.30 UHR, WICKENBURGGASSE / LANDESGERICHT

Aktionen gegen die militanten Abtreibungsgegner von HLI
anlässlich des Prozesstermins gegen Claudia Sorger (siehe Artikel Seite 2).

FR., 20. 12., 19.30 UHR, SLP WIEN-NORD

Religion und Sozialismus. Ein Widerspruch?

DO., 26.12.2003, 19.00 UHR, SLP MARGARETEN Schwarze Zeiten, Rotes Fest
SA., 28. 12., 8.30 UHR, 2., GROSSE SPERLGASSE 33 (LUCINA-KLINIK)

Kundgebung zur Verteidigung des Frauenrechts auf Abtreibung

DO., 16.01.2003, 19.30 UHR, SLP MARGARETEN Frauen & Globalisierung

SA., 18. 01.2003., 14 UHR, GEDENKKUNDGEBUNG an Grete Jost und alle ermordeten WiderstandskämpferInnen anlässlich des 60. Jahrestags ihrer Hinrichtung, bei der Gedenktafel für Grete Jost im Rabenhof, 3., Baumgasse 39 (U3 - Kardinal-Nagl-Platz) Anschließend **Gedenkfeier** im Zentrum Erdberg, Waldbrunner Hof, Durchgang Dietrichgasse 49 - Lechnerstraße 2, 1030 Wien. Thema: Verfolgung der Roma & Sinti im 3. Reich, Verant.: Antifaschistisches Personenkomitee Grete Jost

FR., 24. 01.2003, 19 UHR, Sperlhof, 2., Gr. Sperlgergasse/Ecke Kl. Pfarrgasse

Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner, Informationsveranstaltung

MO., 27. 01. 2003, 19.00 UHR, SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN

Widerstand gegen die Zerschlagung & Privatisierung der Post

Australien**Für Flüchtlingsrechte**

Die australische Regierung investiert Millionen in die Errichtung von Flüchtlingslagern in der Wüste und auf Inseln. Unter unmenschlichen Bedingungen werden Menschen aus z.B. Afghanistan und dem Irak dort festgehalten. Die Flüchtlinge treten in Hungerstreik, nähren sich die Lippen zu, versuchen, sich das Leben zu nehmen - als Folge der unmenschlichen Bedingungen und der völligen Perspektivlosigkeit. Zu Ostern 2002 waren Mitglieder der australischen Sektion des CWI dabei, als im Zuge einer Protestkundgebung rund 50 Flüchtlinge aus dem Lager in Woomera entkamen. Seit damals veranstalten unsere GenossInnen auch eine

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

Informationskampagne zum Flüchtlingsthema und zur Flüchtlingshilfe, die sich vor allem an Jugendliche richtet.

Nigeria**Das Elend der Zivilregierung**

Obwohl seit fast zwei Jahren unter einer Zivilregierung, hat sich die Situation keineswegs verbessert. Korruption ist allgegenwärtig, die soziale Lage der Massen ist katastrophal, die reichsten 3.000 Nigerianer haben auf ihren Konten rund 300 Milliarden Dollar liegen. Die ethnischen und religiösen Konflikte explodieren. Seit 1994 arbeitet die nigerianische Sektion des CWI in der NCP, einer fortschrittlichen Partei, die sich für demokratische Grundrechte einsetzt. Bei den kommenden Wahlen ist es zum ersten Mal möglich, dass die NCP das Recht erhält, zu kandidieren.

Brasilien**Bildung muss her**

Seit Jahren baut die brasilianische Sektion des CWI die MSE, die Bewegung jener, die keine Bildung haben, auf. Unter Jugendlichen ist der fehlende Zugang zu Bildung inzwischen eines der wichtigsten Themen. Im vergangenen Jahr beteiligte sich die MSE am Streik der Geisteswissenschaften an der Uni in Sao Paulo. Gefordert wurde der Ausbau des Lehrpersonals um 100 Stellen, die Univerwaltung bot 12, das Ergebnis waren 82. Darüberhinaus beteiligte sich die MSE an einem von der MST organisierten Treffen städtischer und ländlicher Jugend in Sao Paulo.

Wahlen als Plattform

KandidatInnen der verschiedenen Sektionen des CWI haben bei Wahlen kandidiert und teilweise auch Positionen errungen - nicht als Ersatz für sozialistische Politik und den Sturz des Kapitalismus. Aber als Ergänzung und als Bühne für sozialistische Ideen. Zur Zeit sind Mitglieder des CWI in folgenden Ländern in Bezirks- und Gemeinderäten sowie in Parlamenten vertreten: England, Irland, Kasachstan,

Kasachischer Gewerkschafter und Sozialist in Wien:

International gegen Multis und Kapital!

Ionur Kurmanov ist Gewerkschafter, Mitglied des ‚Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale‘ (CWI) und Streikführer aus Kasachstan. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit und seiner Opposition zum Regime Nazarbajev verbrachte er bereits 7 Monate im Gefängnis, davon 52 Tage im Hungerstreik.

Laura Rafetseder sprach für das Vorwärts mit Ionur Kurmanov über seine politische Arbeit.

Vorwärts: Kasachstan ist der zweitgrößte Staat der ehemaligen UdSSR. Kannst du uns einen Eindruck über die dortige politische und soziale Lage geben?

Ionur: Kasachstan ist eines der Länder, in der die kapitalistische Restauration am weitesten fortgeschritten ist. 90% der Industrie und Rohstoffressourcen befinden sich in den Händen multinationaler Konzerne und jenem Teil der alten stalinistischen Bürokratie um Präsident Nazarbajev, die nun die herrschende Klasse in Kasachstan darstellen. Nazarbajev konzentriert fast die gesamte Staatsmacht in seinen Händen. Er verabschiedet Gesetze, ernennt Richter und Bürgermeister. Er hat in 10 Jahren zweimal eigenmächtig die Verfassung geändert und zwei Parlamente gefeuert. Nazarbajev hat dabei keine Zeit verloren, dem Neoliberalismus Tür und Tor zu öffnen. Die Auswirkungen für die arbeitende Bevölkerung sind katastrophal. Die Menschen haben keinen Strom, kein Wasser, keine Heizung, da die

Infrastruktur privatisiert wurde. Und im ganzen Land herrscht Wohnungsnot und Mietwucher.

V: Welche Maßnahmen wurden durchgeführt?

I.K.: Auf Druck von IWF und Weltbank kam es unter anderem zu Verschlechterungen im Sozialwesen. Das Pensionsalter wurde auf 65 angehoben, Bildung und Gesundheitswesen privatisiert, ebenso wie Rohstoffvorkommen und Industrie. Es kam zu Verschlechterungen im Arbeitsrecht aber besonders bei Gewerkschafts- und Organisationsrechten. Es ist beinahe unmöglich Streiks auf legaler Basis durchzuführen und der Aufbau unabhängiger Gewerkschaften ist mit massiver Repression durch das Regime verbunden. Umso notwendiger ist es, das zu tun.

V: Was heißt das für deine Arbeit als Gewerkschafter? Wie ist dieser Aufbau trotz Repressionen möglich?

I.K.: Ich bin Mitglied der "ArbeiterInnenbewegung Solidarität" (AS), die seit Ende der 80er Jahre als unabhängiges Bündnis linker Gewerkschafter existiert. Wir waren im Laufe der 90er an mehreren hundert Streiks und

Streikkomitees beteiligt, hauptsächlich gegen Privatisierung und deren Auswirkungen. Zur Zeit haben wir rund 6000 Mitglieder. Wir hatten nicht nur gegen das Regime sondern auch gegen die Gewerkschaftsführung zu kämpfen. "Metallist" in Uralsk, die Fabrik in der ich arbeite, sollte 1999 geschlossen werden. Da die Gewerkschaftsführung der Privatisierungspolitik Nazarbajevs und der damit verbundenen Schließung von Betrieben nichts entgegenzusetzen hatte, haben wir selbst ein Streikkomitee organisiert. Wir haben einen 6-monatigen Streik initiiert, die Fabrik besetzt, alle Tore mit Streikposten kontrolliert, Straßen blockiert und Demonstrationen organisiert. Neben Zugeständnissen des Regimes, haben wir unter anderem verhindert, dass Maschinen abtransportiert wurden. Ergebnis dieses Streiks war auch, dass die Führung meiner Gewerkschaft neu gewählt und durch eine kämpferische Führung ersetzt wurde. Ein weiterer Ausfluss war die Wahl eines linken Bündnisses aus AktivistInnen, linken Teilen der KP und der AS in den Stadtrat in Uralsk, wo wir 12 von 20 Stadträten stellen. Wir haben unter anderem die Erhöhung der Mieten gestoppt indem wir eine Obergrenze angesetzt haben, bei der die Mieten 20% des Einkommens nicht überschreiten dürfen. Für Mieten die diese Grenze übersteigen haben



Ionur Kurmanov (li) mit seinem Übersetzer (re)

wir eine Wohnbeihilfe eingeführt, die aus der Besteuerung der großen Konzerne finanziert wird. Wir haben auch Unternehmen, die davor steuerfrei Profite machen durften, besteuert.

V: Du warst auch in Gefangenschaft?

I.K.: Ja, 1997, im Zuge des sogenannten "Eisenbahnkriegs", bei dem wir die Bahnen wegen der ausstehenden Löhne und der nichtleistbaren Mieten blockiert haben. Zwei Aktivistinnen und ich wurden vor Gericht gestellt. Wir haben u.a. Flugblätter verteilt, die dem Regime nicht genehm waren. Es war klar, dass die Regierung ein Exempel statuieren wollten. Sergej Kolokov, der mit mir inhaftiert war, ist ein Jahr später an den Folgen einer in der Haft erlittenen Niereninfektion gestorben. Die AS hat in dieser Zeit mit dem KAI/CWI eine internationale Kampagne zu unserer Verteidigung organisiert. Es gab

Proteste und Solidaritätsbriefe aus 80 Ländern von über 100 Organisationen. Deswegen sind wir 1998 freigekommen. Wir waren aber nicht die einzigen, die aufgrund politischer Aktivitäten festgenommen wurden. Willkürliche Verhaftungen sind in Kasachstan an der Tagesordnung. Zur Zeit laufen 7 Prozesse gegen Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft in Karaganda.

V: Was war Deiner Meinung nach bei den Veranstaltungen mit Dir hier die wichtigste Botschaft?

I.K.: Wir sagen nicht nur, dass es notwendig ist, internationale Solidaritätskampagnen durchzuführen, sondern auch, dass die Ursachen der Situation in Kasachstan, das Wildern des Kapitalismus und der Multis in den ehemaligen stalinistischen Staaten nur auf internationaler Ebene bekämpft werden können.

Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI)

Der Sozialismus ist international!

Von 24. - 30.11 fand der Weltkongress des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) in Belgien statt. TeilnehmerInnen aus über 20 Ländern aus allen Kontinenten trafen zusammen, um die Ereignisse der letzten Jahre und Monate zu analysieren, sowie Perspektiven für die Zukunft zu erarbeiten. Der Weltkongress fand vor dem Hintergrund einer angespannten wirtschaftlichen Situation, der akuten Kriegsgefahr sowie den zunehmenden Klassenkämpfen in Europa statt.

Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in Deutschland und der EU, sowie die Analyse des Prozesses der Globalisierung standen im Zentrum der ersten Tage.

Allein in den USA ist das Einkommen der 30.000 reichsten Familien so groß wie jenes der ärmsten 20 Millionen Familien. Im reichsten Staat der Welt leben 33 Millionen Menschen in Armut. Die Prozesse von Globalisierung und Neoliberalismus haben seit den 80ern die Ausbeutung und Widersprüche im Kapitalismus zugespitzt. Im Gegensatz zur weitgehenden Liberalisierung in den 90er Jahren zeigt der Kapitalismus in letzter Zeit einen differenzierteren Prozess: Während mit der Keule "Globalisierung" Märkte in Asien, Lateinamerika und Afrika für den Imperialismus geöffnet werden, setzen die drei Wirtschaftsböcke USA, Europa, Japan verstärkt auf Protektionismus.

AKUTE KRIEGSGEFAHR

Ausgehend von der angespannten wirtschaftlichen Situation spitzt sich international die Kriegsgefahr zu. Die USA als alles dominierende Supermacht will ihren Zugriff auf Öl sowie ihren Einfluss ausbauen. Gleichzeitig sieht sie sich vor Kriegsbeginn der größten Antikriegsbewegung seit Vietnam gegenüber.

In den USA, in Britannien und Italien haben die größten Antikriegs-Demonstrationen überhaupt stattgefunden. Der drohende Krieg gegen den Irak wird einen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen, mit möglicherweise Millionen Opfern. Wirtschaftlich setzt ein kriegsbedingtes Ansteigen des Ölpreises die Weltwirtschaft weiter unter Druck. Afghanistan zeigt, dass eine rasche Lösung der Situation ausgeschlossen ist.

DER EURO

Obwohl die Westeuropäische

Einheitswährung nun seit einem Jahr existiert, muss ihre potentielle Zerbrechlichkeit betont werden. In Europa stehen sich widersprüchliche Interessen gegenüber - auf der einen Seite das gemeinsame Interesse der nationalen Bourgeoisien, einen starken Block gegen USA und Japan zu errichten. Auf der anderen Seite die teilweise widerstrebenden nationalen Interessen. Die Entstehung einer europäischen Bourgeoisie, welche die nationalen Grenzen auf kapitalistischer Grundlage überwinden würde, schließen wir aus. Im Gegenteil: Es steigen die nationalen Differenzen wie z.B. über die Frage der Höhe der Leitzinsen der Europäischen Zentralbank oder des Stabilitätspaktes.

DIE ARBEITERINNENKLASSE KEHRT ZURÜCK

Neben den Protesten gegen Globalisierung und Krieg ist in den letzten Jahren die ArbeiterInnenklasse wieder auf die Bühne des Geschehens getreten. Ein Großteil der Kongress TeilnehmerInnen aus England, Wales und Nordirland kam wegen des Streiks der Feuerwehrleute später. Dieser Streik wird von vielen als neue Phase des Kampfes der ArbeiterInnenklasse in



Britannien gesehen. Auch aus anderen Ländern wurde über Kampfmaßnahmen berichtet - die Generalstreiks in diversen lateinamerikanischen Staaten, in Italien, Griechenland und Spanien. Nach den 90ern und ihrer ideologischen Offensive des Kapitals ist der Kapitalismus heute weltweit unter Beschuss geraten.

NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Trotz dieses Erstarkens der ArbeiterInnenklasse fehlt es aber doch immer noch an einer entschlossenen sozialistischen Führung.

Der endgültige Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratischen Parteien in Europa und ihr völliges Akzeptieren und

Umsetzen neoliberaler Politik hat die Grundlage für das Erstarken der verschiedenen rechtsextremen Parteien gelegt. Durch die Zunahme von Klassenkämpfen gibt es in jüngster Zeit erstmals seit langem eine reale Basis für das Entstehen neuer - sozialistischer - ArbeiterInnenparteien, die nicht nur ein Zusammenschluss existierender Gruppen sind.

SIEBEN TAGE - SIEBEN NÄCHTE

Über Hundert CWI-Mitglieder aus der ganzen Welt haben diese Woche zu Diskussionen und Erfahrungsaustausch genutzt. es besteht die Notwendigkeit, eine internationale sozialistische Weltpartei aufzubauen. Mehr nachzulesen unter: www.worldsocialist-cwi.org und www.slp.at.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn EUR 1.100,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.



Kein Krieg für Öl-Profite!

In den USA hat Anfang Dezember die Einberufung von zehntausenden Reservisten begonnen. Über eine Million Irakis (vor allem Kinder) mussten Bombardements der USA und Britanniens sowie die Embargo-Politik seit den frühen 90er mit ihrem Leben bezahlen. Alle bekannten Ölreserven in ganz Russland und im Kaukasus umfassen 61 Milliarden Barrel, die Vorkommen im Irak mindestens 112 Milliarden Barrel.

VON FRANZ BREIER JUN., SLP
WIEN-MITTE

Die USA stellen heute die größte imperialistische Macht dar, welche die Welt jemals gesehen hat. Der Afghanistan-Krieg diente der Wiederherstellung des Prestiges der USA nach dem 11. September 2001. Mit dem gezielten "Regimewechsel" unter Verwendung der modernsten Vernichtungssysteme und ca. 250.000 SoldatInnen will der US-Imperialismus seine globale Vormachtstellung demonstrieren.

Einer US-Invasion könnte zumindest eine vorübergehende direkte Herrschaft im Irak folgen. Der gesamten Region droht ein Flächenbrand. Der US-Kapitalismus will angesichts der Abhängigkeit von der OPEC (die wichtigsten Öl-Produzenten) dem Schwinden seines Einflusses in Saudi-Arabien nicht tatenlos zusehen. Ein Anstieg des Ölpreises um 10\$ pro Barrel dämpft das Wachstum des BIP um 0,5 % (laut „Financial Times“). Die Kontrolle über das irakische Öl ist von langfristiger Bedeutung.

KRIEG TROTZ
INTERNEM WIDERSTAND?

Der Krieg ist die wahrscheinlichste Entwicklung, da die Bush-Regierung bereits alle Hebel in Be-

wegung gesetzt hat. Der Widerstand der potentiellen Verbündeten (Deutschland, Frankreich, Russland) zwang Bush bisher bloß zum Aufschub. Die UNO-Resolution und die Inspektion verschaffen dem irakischen Regime etwas Luft. Doch es gibt eine Grenze des Annehmbaren für Hussein. Die Bush-Regierung ist sicherlich bereit, notfalls irgendeinen Vorwand zu konstruieren, um auf Grundlage der neuen UNO-Resolution den Krieg inklusive Invasion zu führen. Bushs kriegerische Außenpolitik beruht auf einer nur oberflächlichen innenpolitischen Stabilität.

Diese "nationale Einheit" ist die Folge des 11. September. Doch die "Heimatfront" ist alles andere als gesichert: Rezession, Rekordarbeitslosigkeit, Budget-Defizit, Business- und Kirchen-Skandale untergraben das Fundament. Die Einberufungswelle knapp vor Weihnachten bestätigt die Entschlossenheit und den Kriegsrausch der derzeitigen US-Führung - unabhängig vom Ergebnis der UNO-Inspektoren.

VOM VERBÜNDETEN
ZUM STOLPERSTEIN

Im Krieg gegen den Iran in den 80ern wurde der Irak (schon damals unter Hussein) militärisch

vom Westen unterstützt, bei Giftgas-Massakern (wie 1988 in Halabdscha) und Repression an der kurdischen Minderheit und an SchiitInnen sah der Imperialismus großzügig weg. Hussein wurde so lange als Verbündeter hofiert, bis er mit seinem Überfall auf Kuwait die Lage am Golf aus Sicht des Imperialismus ins Wanken gebracht hat. Selbst wenn die USA die Hussein-Diktatur stürzen würden, dann nur, um danach ein anderes Regime aufzubauen, das ihren Interessen dienen wird. An der Ausbeutung der Massen und der Unterdrückung nationaler Minderheiten in der Region wird dies nichts ändern. Der Kapitalismus kann niemals eine dauerhafte friedliche Lösung bringen. Seine Interessen, in der Region über kontrollierbare Marionetten-Regimes zu verfügen, stehen dagegen. Die einzige Garantie für dauerhaften Frieden, Demokratie und das Ende von imperialistischen Abhängigkeit ist eine Massenbewegung der irakischen ArbeiterInnen und der Landbevölkerung, verbunden mit Bewegungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Jede nationale und religiöse Minderheit muss das volle Recht auf Selbstbestimmung bekommen.

WIE KANN DER KRIEG GESTOPPT
WERDEN?

Demonstrationen sind ein wichtiger Beitrag zum Aufbau einer internationalen Bewegung gegen den Krieg. Die größte Demo gegen den Krieg in der britischen

Geschichte am 28. September umfasste 450.000 Menschen! Darauf können wir bauen. Die Anti-Kriegs-Bewegung trifft auf eine wachsende Opposition zu den Auswirkungen der Marktwirtschaft und zum Kapitalismus selbst. Mehr noch: Eine Welle von Arbeitskämpfen überzieht Europa. Unmittelbar können Mobilisierung und Waffenlieferungen durch Streik- und Blockademaßnahmen gestoppt werden: in Häfen und Flughäfen, durch Lastwagenfahrer, Beschäftigte im Telekom-Bereich sowie durch Massenmobilisierungen im Nahen Osten. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Anti-Kriegs-Bewegung ist die ArbeiterInnenschaft; ihr Instrument wäre die internationale Gewerkschaftsbewegung. Der Aufruf von Bertinotti, Chef der linken PRC in Italien, zu einem europäischen Streiktag gegen den Krieg wäre ein sinnvoller Schritt! Die Methoden des Terrorismus werden dem Kampf gegen den Krieg nicht dienen. Anstatt Bombenanschläge auf TouristInnen (egal welcher Herkunft) braucht es Massenmobilisierungen, in weiterer Folge Blockaden und Streiks, verbunden mit einem internationalistischen Appell.

WAS HAT DER KRIEG
MIT ÖSTERREICH ZU TUN?

Von den etablierten Parteien SPÖ und Grüne ("Opposition" kann man sie ja nicht nennen) ist keine Anti-Kriegs-Politik zu erwarten: Der grüne EU-Politiker Voggenhuber hat die künftige Marschrichtung schon im Wahl-

kampf verkündet: für die "Beistandspflicht". Im Falle eines Krieges unter UNO-Mandat fordert er somit aktive Beteiligung aus Österreich am Morden im Nahen Osten. Die Grünen haben das Olivgrün diverser Tarnuniformen angenommen. In Österreich gilt es auch, der Heuchelei der Herrschenden in Bezug auf die bevorstehende Fluchtelle zu entgegnen. Deshalb: Bleiberecht für alle Flüchtlinge und Rücknahme aller rassistischen Gesetze. Bekämpfen wir die Fluchtursachen Krieg und soziale Not! Statt Geld für Vernichtung und Aufrüstung (die Abfangjäger stehen weiter auf der Wunschliste der Herrschenden) brauchen wir ein gutes Bildungswesen und angesichts der bevorstehenden Rekordarbeitslosigkeit Arbeitsplätze!

Letztendlich kann es im Kapitalismus keinen dauerhaften Frieden geben. Eine sozialistische Weltordnung ist die Alternative. Dafür kämpft das CWI und die SLP in Österreich - am besten mit dir gemeinsam!

- **Kein Blut für Öl-Profite!**
- **Keine Kriegsbeteiligung Österreichs, in welcher Form auch immer!**
- **Selbstbestimmung für alle Völker und Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten!**
- **Kein Cent für den Massenmord - wir brauchen Bildung und Arbeitsplätze!**
- **Bleiberecht für alle Flüchtlinge!**
- **Nein zum kapitalistischen Wahnsinn.**